

# Vereins-Anzeiger

Organ des

Verbandes der Maler, Lackierer, Anstreicher, Tüncher und Weißbinder

sowie der freien eingeschriebenen Hilfskasse Nr. 71 vorstehender Gewerbe.

Nr. 13

Erscheint alle Sonnabend.  
Abonnementpreis Mt. 1,50 pro Quartal.  
Redaktion und Expedition: Hamburg 25,  
Claus Großstraße 1. Fernspr. 3, 8248.

Hamburg,

Sonnabend, 29. März 1913.

Anzeigen kosten die fünfgespaltene Non-  
parallegeile oder deren Raum 50 Pfg.  
(der Betrag ist stets vorher einzulösen).  
Verbandsanzeigen kosten 25 Pfg. die Zeile.

27. Jahrg.

## Verbandskollegen!

In frivolster Weise hat der Arbeitgeberverband für das Malergewerbe der organisierten Gehilfenschaft einen Kampf aufgezwungen, der sie in ihrem wirtschaftlichen und sozialen Aufstieg hemmen, ihre Organisation schädigen und niederzwingen soll. Dagegen mit allen uns zu Gebote stehenden Mitteln nun Front zu machen, erfordert jetzt das Ehr- und Pflichtgefühl eines jeden Berufskollegen. Keiner darf fehlen, wo es gilt das Banner der Organisation hochzuhalten.

Zeigt Kollegen, den Scharfmachern, die mit Lug und Trug die Öffentlichkeit, die Kundschaft zu täuschen versuchen, daß die Gewerkschaftsbewegung weder durch brutale Kampfmittel, noch durch bewußte Verleumdungen, noch durch systematische Züchtung von ehrlosen Arbeiterverrätern niedergezwungen werden kann!

Fester denn je schließt die Reihen, wahr! Eure Verbandsstreue! Hoch die Solidarität! Das, Kollegen, sei Eure Antwort auf alle Maßnahmen der Feinde unsrer Organisation.

## Generalversammlung.

Die 14. ordentliche Generalversammlung des Verbandes der Maler u. s. w. ist nach § 18 des Statuts vom Vorstand und Ausschuss für die Zeit vom 9. bis 14. Juni 1913 nach Halle a. S. einberufen und wurden nachstehende Punkte als provisorische Tagesordnung aufgestellt:

### Tagesordnung:

1. Erledigung der geschäftlichen Angelegenheiten, Wahl des Bureaus und Prüfung der Mandate.
2. Rechenschaftsbericht des Vorstandes, Ausschusses und der Redaktion des „Vereins-Anzeigers“.
3. Berichterstattung über unsere Tarifsbewegung.
4. Die Unterstützungsanstalten in der Organisation. (Erwerbslosenunterstützung).
5. Beratung der zum Statut gestellten Anträge.
6. Wahl der Delegierten zum nächsten Gewerkschaftskongress.
7. Wahl der Vorstandsmitglieder, Festsetzung der Diäten und Gehälter.

Anträge auf Aenderung des Statuts oder solche, die sich auf die Organisation und deren Einrichtungen beziehen, müssen, wenn sie im Verbandsorgan veröffentlicht und in einer gedruckten Vorlage der Generalversammlung unterbreitet werden sollen, bis zum 3. Mai der Hauptverwaltung zugestellt sein. Hierbei ersuchen wir dringend, das Papier nur auf einer Seite zu beschreiben. Anträge von einzelnen Mitgliedern, die ihre Beiträge an die Hauptkasse bezahlen, können ohne weiteres eingereicht werden, im übrigen werden alle Anträge, Beschwerden und Resolutionen nur dann durch die Vorlage der Generalversammlung unterbreitet, wenn sie von einer Mitgliederversammlung anerkannt sind.

### Der Vorstand und Ausschuss.

J. A.: Albert Tobler, Vorsitzender.

## Zum gegenwärtigen Stand und weiteren Verlauf der Aussperrung.

Je mehr sich Umfang und Wirkung der ebenso großartig wie leichtfertig inszenierten Aussperrung überblenden lassen, desto klarer tritt ihr völliges Mißlingen zutage. Aber trotzdem kämpfen noch immer die Führer des Arbeitgeberverbandes verzweifelt, um der Öffentlichkeit und der abnehmenden Schar der Gläubigen unter ihrem Anhang Zahlen vorzutäuschen, die ausgemachter Schwindel sind. Ueber die bei diesem unglücklichen Manöver bekundete Strupellosigkeit wundert sich allerdings nicht, wer diese Herren schon immer bei ihrer Arbeit beobachtet konnte, wohl aber hätten wir ihnen die Kopflosigkeit nicht zugestanden, mit der sie dabei zu Werke gehen. So rechnet die „Allgemeine Maler-Zeitung“ (Hamburg) 25 904 Aussperrte zusammen,

nach der „Westdeutschen Maler-Zeitung“ sind es 36 150 einschließlich 11 800 Arbeitslose und 8207 „Rebersarbeiter“, nach dem „Maler“ sind es zu gleicher Zeit „circa 30 000 Aussperrte“, deren Zahl sich aber auf keinen Fall verringern dürfte, sollte ein besserer Tarif zustande kommen, und auf dem Verbandstage des Süddeutschen Malermeisterverbandes am 16. März in Stuttgart (also vier Tage vor Redaktionsschluß der erwähnten Zeitungen) wurden 20 000 festgestellt. Hält man dagegen unsere Ziffern — 14 994 am 11. März, 15 770 am 15. und 15 601 am 22. März, einschließlich der von uns aus den Betrieben herausgezogenen und arbeitslosen Kollegen —, die unsern Kontrolllisten entnommen sind, nach denen gleichzeitig auch die Auszahlung der Unterstützungen erfolgt, so ist der Zahlenschwindel offenbar, der der einzige Rettungsanker in der reichenden Klut ist, in der die Führer des Arbeitgeberverbandes dahintreiben. Denn auf Hannover sind Plauen i. V. und Jena gefolgt. Während in Hannover zurzeit Verhandlungen über einen örtlichen Tarifvertrag zwischen Zwangsinnung und unserm Verband stattfinden, sind in Plauen und Jena mit den Ortsgruppen des Arbeitgeberverbandes bereits Tarife abgeschlossen worden. In andern Orten sind ähnliche Verhandlungen bereits angebahnt und vielfach ist die Aussperrung schon derart abgeklaut, daß nichts mehr von ihr zu spüren ist; unsre Kollegen arbeiten in vielen Orten fast allgemein zu neuen Bedingungen, die meist höher sind als die Schiedsprüche, teils arbeiten sie auf eigene Rechnung.

So meisterhaft sich die Arbeitgeberführer auf das Ausschneiden verstehen, so trefflich verstehen sie solch unangenehme Tatsachen zu vertuschen, es würden sonst auch dem Beispiel durch die allgemeine Enttäuschung zur Nachahmung jederzeit bereite Arbeitgeber an andern Orten folgen, die eingesehen haben, daß die Aussperrung ein ebenso leichtsinniger wie nutzloser Streich einer kleinen Clique im Arbeitgeberverband ist, von dem jetzt fernsteht, daß er an den Schiedsprüchen nichts im Sinne der Arbeitgeber ändern wird. Auch daß 3. B. in München nur 51 und in Leipzig jetzt noch 12 Aussperrte vorhanden sind, darf die auf einen Sieg wenig Tage nach Ostern vertröstete Meisterschaft vorläufig nicht erlauben, denn wie leicht könnte sie sich danach herausrechnen, daß unser Verband bei der ganzen Nachtprobe nichts zu befürchten hat. Da wird mit belustigender Neugierlichkeit gewarnt, so den Angaben der Arbeiter- und bürgerlichen Presse nicht zu glauben und nur auf das zu schwören, was sich die Herren Hauptvorstände zusammenphantasieren.

Meist als bisher sind die Arbeitgeber in vielen Städten zu den gewagtesten Mitteln des Terrors übergegangen. Zu dem Expressionsversuchen der Innungen und durch die Baumeister sind schwarze Listen der nicht-aussperrenden Meister, Vereinigungen der Farbenlieferanten und Gerüstbanananten u. a. gekommen, ohne daß bisher ein Staatsanwalt eingeschritten ist, wie man es beobachten könnte, wenn sich Arbeiter gleicher Mittel bedienen wollten. Doch sind diese Maßnahmen vielfach erfolglos und ungeeignet, die abfallenden Arbeitgeber zu halten.

Wie bisher, so ist der Arbeitgeberverband auch

weiter bemüht, die Schuld an dem Kampfe angeblichen Streiks unsrer Kollegen zuzuschreiben, die es vor dem 1. März bekanntlich gar nicht und auch dann nur gegeben hat, als die Arbeitgeber die Aussperrung angeordnet oder schon eingeleitet hatten.

Wo das allein nicht reicht, wird mit dem roten Lappen gewinkt, von einer sozialdemokratischen Gewalt Herrschaft geredet, unter die die Unternehmer durch den neuen Tarifvertrag gebracht werden sollen, der, obwohl er in Berlin durch die Unternehmervertreter selbst als nicht ungünstiger wie der bisherige für sie bezeichnet wurde, jetzt das reinste Monstrum sein soll.

Den Gipfel der Strupellosigkeit und Dummdreistigkeit erklimmt ein Zirkular des Dresdener Arbeitgeberverbandes, in dem es nach zahlreichen Verdröckungen und offenkundigen Schwindeleien u. a. heißt:

Unser Hauptvorstand hat das Streben, eine Grundlage zu schaffen, daß der tarifliche Friede erreicht und alsdann auch gewährleistet ist. — Im volkswirtschaftlichen, im nationalen, im Staatsinteresse liegt unser Kampf.

Das Gelingen desselben kann nur zum Nutzen des Staates, zum Nutzen der Erhaltung und Förderung der volkswirtschaftlichen Güter desselben sein.

Unsre Parole kann deshalb zurzeit nur lauten: Durch Kampf zum Frieden!

Solche Leistungen können heinabe nur pathologisch erklärt werden und zeigen trefflich die Verzweiflung, die die Herren Scharfmacher ergriffen hat; ist es doch fürwahr auch keine beneidenswerte Aufgabe, eine Aktion zu verteidigen und durchzuführen, die auf so schwachen Füßen steht, und in den Reihen, in denen sie fest verankert sein müßte, sollte sie Aussicht auf Erfolg haben, größter Abneigung begegnet.

Groß ist die Angst, die die Arbeitgeber in ihren Organen, Zirkularen und Annoncen vor dem Arbeiten unsrer Kollegen auf eigene Rechnung haben. Dieses ängstliche Gebaren und Gejammer der Unternehmerführer, daß ihren Mitgliedern dadurch der größte Schaden erwächst, wenn nicht die Behörden und Hauswirte ein Einsehen mit ihnen haben, muß uns ermuntern, nun erst recht von dem Mittel Gebrauch zu machen.

Ebenso ist es mit dem Abschluß von Sondertarifen. Schon gefleht man ein, daß diese den Scharfmachern so gefährlichen Finger schon jetzt den ganzen Erfolg in Frage stellen und das Schlimmste befürchten lassen. Benutzen wir also jede Gelegenheit zum Abschluß von Sondertarifen. Denn einem Gegner wie den Führern des Arbeitgeberverbandes gegenüber, die leichtfertig einen Kampf herausbeschworen haben, um den Angehörigen des Berufes schwere wirtschaftliche Schäden zuzufügen, unsre Organisation zu schwächen und die Gehilfenschaft kulturell möglichst tief herabzudrücken, damit sie in Zukunft willfährigere Ausbeutungsobjekte liefere als bisher, kann es keine Rücksicht geben. Da muß an den empfindlichsten Stellen angefaßt werden, und das ist das Arbeiten auf eigene Rechnung und das Abschließen von Sondertarifen.

Wir stehen am Ende der zweiten bzw. dritten Aussperrungswoche und sehen, daß die Situation für uns denkbar günstig ist, ohne uns darum zu verbeten, daß der Kampf jedenfalls noch lange dauern und scharfe



Um aber selbst dieses reduzierte Resultat noch in einen glänzenden Erfolg umzuwandeln, wendet man die schwierigsten Jongleurkunststücke an. Die Zahl der im Gau beschäftigten Gehilfen wird mit 8484 (!) angegeben und darnach Prozentberechnung angestellt. Unsere Statistik ermittelte im Jahre 1912 für den Bereich des Gau I 10 857 beschäftigte Gehilfen. Das erwähnte „amtliche Bureau“ berichtete unterm 21. Dezember 1912, daß eine vorgenommene Rundfrage über die Löhne von 2369 = 70 Proz. der Mitglieder beantwortet sei. Diese 70 Proz. Meister beschäftigten 8957 Gehilfen. Nun soll die Mitgliederzahl des Arbeitgeberverbandes von 3381 auf 3600 gestiegen sein und diese sollen zu 96 Proz. sich an der Aussperrung beteiligt haben. Außerdem sollen noch 400 Innungsmitglieder mit großer Begeisterung einstimmig beschlossen haben, die organisierten Gehilfen auszusperrern und trotzdem werden jetzt auf einmal über 2000 Gehilfen weniger angegeben, um auf diese Weise die Behauptung aufstellen zu können, daß 74 Proz. der beteiligten Gehilfen ausgesperrt sind. Wenn man von vornherein mit einem solchen Erfolg auch gerechnet hat, so sollte man sich aber jetzt mit der Wahrheit nicht auf den Kriegsfuß stellen.

Noch größer ist die Ausschneiderei über die verächtlichen Reberse. Nicht weniger als 823 Gehilfen im Gau Norddeutschland sollen darum ihre 20 Mk. schon bezahlt haben. Trotzdem 823 Gehilfen diesen Tribut schon bezahlt haben, werden im ganzen Gau aber nur 375 Gehilfen zurzeit beschäftigt. (!)

Wir stellen gegenüber all diesen Nachrichten fest, daß in der verflossenen Woche sich nur wenig an der Gesamtlage geändert hat. In Güstrow, wo die Meister sich bisher nicht an der Aussperrung beteiligt hatten, sperrte man nachträglich noch aus. In Delmenhorst hat man gleichfalls im Laufe dieser Woche ausgesperrt, obgleich der bisherige örtliche Tarifvertrag noch bis zum 1. April Gültigkeit hat. Auch die Arbeitgeber von Walsrode haben ihre Gauleitung darauf aufmerksam gemacht, daß der frühere Tarif noch nicht abgelaufen ist, aber diese hat darauf die strikte Anweisung erteilt, „alles auszusperrern“. Der gewohnheitsmäßige Tarifbruch wird auf jener Seite somit fortgesetzt. Am 22. März betrug die Zahl der Aussperrten im 3. Bezirk 3623 und zwar 1764 Ledige und 1859 Verheiratete mit 2770 Kindern.

Mit welchem Terror der Gauverband der Arbeitgeber zu seinem Ziele zu gelangen versucht, und welche unlaute Mittel man angewandt hat, um die Malermeister zur Aussperrung zu veranlassen, zeigen folgende Fälle. Nachdem man in Lübeck in allen Variationen die Verschlechterung des Vertragsmusters nachzuweisen versucht hatte, und dies alles nicht ziehen wollte, da spielte der Berichterstatter seinen letzten Trumpf aus und erklärte, zukünftig müßte auch bei Innenarbeiten über 5 m Höhe der vorgegebene (!) Lohnzuschlag von 5 Pfg. die Stunde gezahlt werden. Als man diese Forderung später entdeckte, beschloß die Majorität der dortigen Zwangsinnung, mit der Gehilfenorganisation in Verhandlung einzutreten. Von der 110 Mitglieder zählenden Innung haben 69 Malermeister mit der Gehilfenorganisation einen örtlichen Tarifvertrag abgeschlossen, welcher eine Lohnerhöhung von 6 Pfg. vorsieht; das ist 1 Pfg. mehr, als der Schiedsspruch vorsah. Die 41 aussperrungswütigen Malermeister haben sich durch die Tagespresse an das Publikum gewandt mit dem Hinweis, daß diese 69 Malermeister 1911 weniger Lohn zahlt haben, als die noch verbleibenden 41. Man befürchtet wohl, daß nunmehr bei jenen die Lohnsumme wesentlich höher wird. In Hannover, wo die Mitglieder des Arbeitgeberverbandes die Aussperrung abgelehnt hatten, hat man diesen Beschluß durch die Zwangsinnung ergänzt, weil ihr erklärt wurde: „Die Gehilfen haben die Schiedssprüche gleichfalls abgelehnt (!) und lauern nur auf den günstigen Augenblick, um in den Streit einzutreten und diesem müßten die Arbeitgeber zuvorkommen.“ Nachdem man auch dort zu der Einsicht kam, daß man bemogelt worden war, wurde die Aussperrung aufgehoben und die Innung beauftragt, mit der Gehilfenorganisation einen Tarifvertrag abzuschließen. In Sonderburg beteiligte sich die Firma Fuchs bisher nicht an der Aussperrung und verpflichtete sich, den im Schiedsspruch vorgesehenen Lohn vom 1. März nachzahlen, wenn die Gehilfen inzwischen in keinen Streit eintreten würden. Darauf wurde das an anderer Stelle abgedruckte Schreiben an den Regierungsbaumeister gesandt. Unsere Kollegen wurden, trotzdem sie den Vertrag mit Fuchs eingegangen sind, entlassen. (!)

Der ganze Mißerfolg des Gauverbandes kommt nun in einem Wutartikel in der „Allgemeinen Malerzeitung“ zum Ausdruck. Weil man um sachliche Gründe verlegen ist, begibt man sich wie gewöhnlich auf die niedrigste Stufe.

Wenn die Unternehmer solche Mittel anwenden müssen und trotzdem ihre Aktion nur von einem großen Mißerfolg begleitet seien, so können wir die Wut verstehen, die der Vorsitzende des Gau I in seinem Blatt zum Ausdruck bringt. Lassen wir den Herrn gründlich austoben und freuen uns an seiner Wut und seinen kurtosen Zahlenspielereten.

4. Bezirk.

Der schon geschilderte Terrorismus hat es bewirkt, daß die Zahl der Aussperrten in der letzten Woche etwas gestiegen ist. Laut unserer Kontrollliste haben in 34 Lohngebieten 227 Arbeitgeber 1964 Kollegen ausgesperrt. Freiwillig stellten 485 die Arbeit ein. Am 22. März waren insgesamt noch 1673 unserer Mitglieder ausländig. Die christliche Organisation zählte 808 Aussperrte inkl. Streikende, wovon noch 565 sich im Auslande befanden.

Nach der Zusammenstellung des Syndikus im Gau II sind es 4608 Aussperrte und 2500, die jetzt ohne Aussperrung in Arbeit wären, also in Summa 7108 Aussperrte. Nach derselben Zusammenstellung sollen in 48 Lohngebieten 9217 beschäftigt werden. Da wir laut Mitgliederliste mit der christlichen Organisation zirka 7000 Mitglieder haben, mußten nur noch 2200 Gehilfen unorganisiert sein, wovon aber 3611 den Revers unterschrieben haben. Also hiernach eine tadellose Organisation, die aber im Abbröckeln begriffen sein muß. Beweis: Unterschrift der Reberse.

Daß dieses Zahlenstudium aber nicht ganz stimmen kann, ersehen wir aus den Zahlen in Nr. 11 und 12 der „Westdeutschen Maler-Zeitung“. In der Nr. 11 wird für Barmen-Elberfeld die Zahl der Beschäftigten auf 1000 bis 1100 und in Nr. 12 auf 970 angegeben. In Nr. 11 sind 600 Gehilfen ausgesperrt und in Nr. 12 nur 575. In Nr. 11 wird mitgeteilt, daß in Solingen nur noch 5 Gehilfen am Arbeiten sind, in Nr. 12 steht, daß 46 den Revers unterschrieben haben, also doch wohl arbeiten müssen. In Nr. 11 wird mitgeteilt, daß in Remscheid kein einziger Gehilfe mehr arbeitet und in Nr. 12 wird mitgeteilt, daß 235 ausgesperrt sind und 16 den Revers unterschrieben haben. Beides kann nicht stimmen, da in Remscheid kein Arbeitgeber ausgesperrt, sondern die Gehilfen die Arbeit einstellten und für über 100 Gehilfen schon 30 Geschäfte Sonderverträge abgeschlossen haben.

Diese wenigen Feststellungen mögen genügen, um den Zahlenschwindel im Gau IV feitzumachen.

Auch dürfte diesen Herren das Handwerk in der Zwangsinnung wohl gelegt werden, da sich die Stadtparlamente sehr mit dem Terrorismus der Malermeister beschäftigen und der Düsseldorf Regierungspräsident zur Entscheidung angerufen wurde.

Wie gearbeitet wird, um das Unterschreiben des Sondertarifs zu verhindern, zeigt folgendes Zirkular der Solinger Innung:

Werter Kollege! Nur Einigkeit kann zum Ziele führen! Deshalb darf kein Mitglied der Innung den von den Gehilfen vorgelegten Sondertarif unterschreiben!

Wir verlangen den Reichstariif, der allein uns schützen kann gegen neue Forderungen und willkürliche Arbeitseinstellungen!

Nochmals: Nicht unterschreiben! Wer es tut, vertrat einen bedauerlichen Mangel an Kollegialität! Mit kollegialem Gruß

gez. Schwan. Trotz dieser gewaltigen Anstrengung war es bis zum Schlusse der Berichtszeit möglich, mit 102 Arbeitgebern, welche 351 Gehilfen beschäftigten, Sonderverträge abzuschließen. Diese Zahl wird sich nach Ostern erheblich erhöhen, mit oder ohne Terrorismus des Arbeitgeberverbandes.

Einen neuen Trick haben der Duisburger Arbeitgeberverband und die Zwangsinnung erfunden, da sie wohl merken, daß die Sympathie nicht auf seiten der Arbeitgeber, sondern auf seiten der Arbeitnehmer ist. In einer Annonce „An unsre Mitbürger“ heißt es:

Die deutsche Arbeiterschaft im Malergewerbe hat mit überwältigender Majorität die zum Neuabschluss eines Reichstarifvertrages gefällten Schiedssprüche abgelehnt.

Und mit einer solchen Gesellschaft muß man sich herumschlagen, die die größten Lügen in die Welt setzt.

5. Bezirk.

Die wenigen im Bezirk Mitteldeutschland zum Paradezug angetretenen Arbeitgeberverbands-Truppen sind arg durcheinander geraten. Freund und Feind kennt sich nicht mehr und heillosste Konfusion herrscht in allen Orten. Nach dem Grundsatz „Die Welt will betrogen sein“ schwindelt man den eigenen Soldaten und der Öffentlichkeit die tollsten Märchen vor. So schickt Herr Paul Köhler allen Winkelblättern Eingekandts zu, denen wir folgendes entnehmen:

Von der Geschäftsstelle des Gau IV (Mitteldeutschland, deutsche Arbeitgeberverbände im Malergewerbe) wird uns geschrieben:

Der Lohnkampf im Malergewerbe ist mit dem heutigen Tage in ganz Deutschland entbrannt. So sind auch heute in ganz Sachsen, Thüringen, Schlesien und in der Lausitz in allen Städten mit Ausnahme von Magdeburg, wo die Entlassung aus besonderen Gründen (?) erst Sonnabend abend erfolgen soll, sämtliche organisierten Maler- und Anstreichergehilfen ausgesperrt. Wenn auch eine genaue Aufstellung der Zahlen über den Umfang der Aussperrung bisher nicht gegeben werden konnte, dauert doch die Aussperrung noch nicht eine Woche, so liegen doch eine Reihe vor-

läufiger Berichte vor, aus denen hervorgeht, daß die Aussperrung in vollem Umfange durchgeführt worden ist.

In Chemnitz, Weimar, Gera, Mühlhausen, Hirschberg sind die Gehilfen in den Generalstreik (!) getreten. In Dresden (vorläufige Meldung) 1500 Aussperrte, Thüringer Bezirksverband 520, Bezirk Halle 647, Nordhausen 120, Planen 176, in Jülichau ist die Aussperrung günstig durchgeführt, Zahlenmaterial fehlt noch. (Wird auch nicht eintreffen. Red. d. „V.-A.“) Trotzdem in Leipzig mehrere größere Geschäfte, die dem Bund deutscher Dekorationsmaler angehören, nicht ausgesperrt haben, so ist doch im übrigen die Aussperrung glatt konstatieren gegangen, so daß nach vorläufigen Berichten 5000 ausgesperrte Gehilfen im Gau in Frage kommen.

Schamhaft, wie er nun eben ist, verschweigt der Berichterstatter das Resultat der Aussperrung in seiner Garnison Leipzig, wo er doch sicher am besten informiert sein müßte. „Glatt konstatieren gegangen“ nennt man, wenn ganze 114 Mann ausgesperrt wurden, von denen gegenwärtig noch 12 vorhanden sind. Danach kann man die übrigen Zahlen bewerten.

Nach vielem Hängen und Würgen ist es zwar gelungen, noch einige Orte zur Aussperrung zu bewegen; so Magdeburg, wo in 19 von 199 Betrieben ganze 60 Kollegen von 589 Beschäftigten, und in Gölitz, wo in zwei Geschäften von 100, ganze 6 Mann von 210 Beschäftigten, entlassen wurden; dazu kommt noch Staßfurt mit drei Aussperrten. Zu solchen Erfolgen, so kurz vor Ostern, wollen wir gratulieren, doch dürfte auch damit nun für alle Zeiten Schluß sein.

Daß die Aussperrungsaktion sich bereits auf absteigender Linie bewegt, zeigt sich darin, daß es gelungen ist, in Plauen mit 150 Aussperrten und 316 Beschäftigten, in Jena mit 36 Aussperrten und 120 Beschäftigten und in Reichenbach mit 38 Aussperrten und 76 Beschäftigten Ortstarife abzuschließen, wodurch die Aussperrung sofort als beendet erklärt wurde. Dazu kommt, daß wir noch in einer Anzahl Orte in Verhandlungen stehen, die sicher auch mit dem Abschluß von Ortstarifen enden werden, denn allgemein bricht sich der Unwille mit dem Vorgehen des Arbeitgeberverbandes Bahn.

Aber auch in den andern Orten ist ein kühnliches Zurückgehen der Aussperrtenzahl zu verzeichnen. Während am 18. März in 47 Orten 2616 Aussperrte gezählt wurden, sind am 22. März aus 47 Orten nur noch 2306 Aussperrte gemeldet, einschließlich der Arbeitslosen. Viele wurden bei andern Unternehmern in Arbeit gebracht und bei 355 Firmen, die die Sondertarife anerkannt haben, arbeiten 1346 Kollegen zu neuen und teilweise auch besseren Bedingungen, als sie durch Schiedsspruch festgelegt wurden.

Einer der rücksichtslosesten Scharfmacher im Arbeitgeberverbandslager dürfte denn doch der Dresdener Vorsitzende sein. Er versendet an die Stundtschaft und Behörden ein Zirkular (Wir erwähnten es schon an anderer Stelle. Red. d. „V.-A.“), in dem es u. a. heißt: „Schon vor Ablauf des Tarifvertrages sind in verschiedenen Städten Deutschlands, in denen die Malerarbeiten besonders drängten, die Arbeitnehmer in den Streit getreten. Hierauf hat der Hauptverband... die Aussperrung beschlossen“. Hierauf folgt die bekannte Aufforderung, die kämpfenden Malermeister durch Zurückhalten der Arbeit zu unterstützen. „Vornehmlich bitten wir aber, keine Maler- und Lackierarbeiten an unorganisierte Meister oder Gehilfen zu übertragen. Wir werden in den nächsten Tagen eine Liste der im Arbeitgeberverband vereinigten Meister veröffentlichen.“ Dann aber geht los: „Der Ansturm der sozialdemokratischen Gewerkschaften ist immer weiter vorgeschritten. Unzählige Fälle liegen vor, daß innerhalb der Tarifdauer zum Teil die übermäßigsten Lohnforderungen (?), zum Teil die terroristischsten (!), gegen den Tarifvertrag verstoßenden Forderungen gestellt wurden. Trotzdem im Tarifvertrag stand, daß auf Minderung der Leistung einzulernen, mehrerer oder aller Arbeiter nicht hingewirkt werden soll, ist sogar öffentlich in der sozialdemokratischen Gewerkschaftspresse direkt ein langsames Arbeiten zur Pflicht gemacht. Fleißige Gehilfen werden seitens der Gewerkschaftsführer besonders vorgenommen, anders oder nicht organisierten Arbeitnehmern gegenüber ist auf der Arbeitsstelle das abscheulichste aller Mittel, das Sabotagesystem, so lange angewendet worden, bis die selben des öfteren Mißlingens ihrer Arbeit und des ewigen Habers müde, der sozialdemokratischen Gewerkschaft ihren Tribut zollten.“

Zum Schlusse legt er sich dann gar aufs Betteln: „Wir geben uns der angenehmen Hoffnung hin, daß unser uns aufgebrungenes Vorgehen mit Sympathie und Wohlwollen aller staatsstreuen Männer und Frauen begleitet ist, und gebatten uns nochmals, die sehr ergebene Bitte um gütige ausreichende Unterstützung zu wiederholen und auch darum zu bitten, unser Vorgehen allen denjenigen gegenüber, welche dasselbe bemängeln oder gar bekämpfen sollten, zu vertreten.“

Trotz aller Bemühungen geht aber auch in Dresden die Aussperrung zurück und zwar sind dort nicht 1500,















Cöln. Die Kasse ist nach dem Heidelberger Beschlusse aufzulösen.

Gotha. 1. Die Tagesordnung ist dahin abzuändern, daß der zu 5 schließende Punkt lautet: Beratung und Beschlußfassung über alle zur Statutenänderung gestellten Anträge usw. und vor dem zu 4 angefügten Punkt beraten und erledigt wird.

Hildesheim. Die Kasse ist aufzulösen. Bei Auflösung sind die verbleibenden Bestandteile prozentual an die Mitglieder der Kasse zu verteilen.

Leipzig. Die am 21. Februar 1913 abgehaltene Generalversammlung der Ortsverwaltung beantragt einstimmig die Auflösung der Kasse.

Krankfurt a. M. Die am 3. März 1913 tagende Versammlung der Ortsverwaltung beantragt, daß die Kasse aufzulösen ist.

Friedrichshagen. Die Generalversammlung in Leipzig wolle die Auflösung der Kasse beschließen.

Friedrichshagen. Die Kasse unter den alten Verhältnissen weiterbestehen zu lassen. Sollte das aber ohne Beitragserhöhung nicht möglich sein, so ist die Kasse aufzulösen.

Münch. 1. Die Krankenkasse in eine Ersatzkasse umzuwandeln. 2. Sollte dieser Antrag abgelehnt werden, so beantragen wir: „Gründung einer Zusatzkasse“.

Nürnberg. Die jetzige Krankenkasse ist in eine Zusatzkasse umzuwandeln.

Salz. Die Kasse ist aufzulösen.

Hamburg I. Die Kasse ist so schnell wie möglich aufzulösen.

Hamburg-Barmbeck. Die Zentral-Kranken- und Sterbekasse der Maler ist aufzulösen.

Schilbronn. 1. Die Generalversammlung wolle beschließen, die Kasse bis zum Austritt der neuen Reichsversicherungsordnung bestehen zu lassen und von da ab als Ersatzkasse bestimmen.

Serford. 1. Aufhebung des § 21. 2. Auflösung der Kasse.

Parisruhe. 1. § 21 des Statuts ist umzuformen und soll heißen: 1. Eine freiwillige Auflösung der Kasse kann nur durch Abstimmung erfolgen, und zwar müssen, um die Auflösung rechtskräftig zu machen, vier Fünftel der abgegebenen Stimmen für die Auflösung sein.

2. Die Kasse ist, wenn außerst möglich, in eine Zusatzkasse umzuwandeln. Begründung: Aus Menschlichkeitsgründen, da eine übergroße Zahl der älteren Kollegen wegen ihres vorgerückten Alters nicht mehr in eine andere Kasse eintreten kann oder dies nur mit großen Opfern und unter Verlust ihrer alten Rechte an die Kasse möglich ist.

3. Die Namen der vorgezeichneten Kandidaten, der neu gewählten Delegierten, sowie die Zahl der gefallenen Stimmen jeder Ortsverwaltung für ihren Kandidaten, sowie für den gewählten Delegierten sind öffentlich, d. h. den Mitgliedern zugänglich öffentlich bekannt zu machen.

4. Eine Generalversammlung, die aus nur organisierten Kollegen des Malerfachverbandes besteht, ist als unzulässig zu erklären. Begründung: Da eine solche Versammlung von Delegierten das Interesse ihres Verbandes im Auge, niemals aber der Malertroufentasse Interesse vertreten kann, da dem Verbands bekanntem diese Kasse ein Dorn im Auge ist.

Konstanz. § 21 ist aufzuheben und die Kasse in eine Zusatzkasse umzuwandeln.

Landau. Die Kasse möge weiterbestehen, sei es als Hilfs- oder Zusatzkasse, auch wenn die Beiträge erhöht werden müßten. Die Erhöhung der Beiträge soll jedoch 5 Proz. der jetzigen Beiträge nicht übersteigen.

Leipzig. Die Kasse ist aufzulösen.

Mannheim. 1. § 21 ist als erster Punkt auf die Tagesordnung zu setzen und derselbe umzuwandeln, damit der Rest des Kassenvermögens prozentual nach Dauer der Mitgliedschaft an die Mitglieder verteilt wird.

Meißen. Der § 21 des Statuts ist aufzuheben und die Kasse soll am 1. Januar 1914 liquidieren.

München. 1. Unter den gegebenen Umständen ist die Möglichkeit eines Fortbestehens der Kasse nicht mehr

erstlich und daher die Kasse aufzulösen. 2. Die Kosten der außerordentlichen Mitgliederversammlung vom 2. März in München sind als reine Generalversammlungskosten von der Hauptkasse zu tragen.

Nordhausen. Erklärt sich mit der Motivierung vom 29. Mai 1912 für Auflösung der Kasse.

Potsdam. Die Kasse weiterbestehen zu lassen. Regensburg. Die außerordentliche Generalversammlung möge die Auflösung der Kasse beschließen. Den übrigen gestellten Anträgen der Filiale Fürth schließen sich die Mitglieder Regensburg an.

Stettin. 1. Die Kasse als Ersatz- oder Zusatzkasse bestehen zu lassen. 2. Sollte die Kasse aufgelöst werden, beantragen wir, das event. Vermögen prozentual nach verkauften Werten an die Mitglieder zu verteilen.

Stralsund. Die Kasse ist, wenn möglich, am 1. Juli 1913 aufzulösen.

Stuttgart. Die Zentral-Kranken- und Sterbekasse ist aufzulösen und das noch vorhandene Vermögen prozentual unter die Mitglieder zu verteilen.

Wülfs. Auflösung der Kasse mit dem Bemerken, daß die Beiträge, die die Mitglieder bezahlt haben, wieder zurückzahlen sind, natürlich prozentual unter die Mitglieder zu verteilen, wenn nicht eine andre Umwandlung der Kasse geschieht oder beraten wird.

Wolfsenüttel. Die Hilfskasse Nr. 71 ist bis 1. Oktober d. J. in eine Zusatzkasse umzuwandeln. Findet dieser Antrag bei der Abstimmung keine Mehrheit, so beantragen wir, § 21 des Statuts aufzuheben, die Kasse zum 1. Oktober d. J. aufzulösen und den nach Vergleichung aller Verbindlichkeiten verbleibenden Vermögensrest prozentual nach Dauer der Mitgliedschaft unter die derzeit noch vorhandenen Mitglieder zu verteilen.

Der Vorstand.

Bericht der Hauptkasse vom 16. bis 22. März 1913.

Ueberschuss hat Aufh in Cöpenick 50 M. eingehaut.

Zuschüsse wurden an folgende Verwaltungen abgehandelt an: Pahl in Stettin 75 M.; Krause in Königsberg 100; Rudolph in Naumburg 100; Müller in Bremen 150; Wilsch in Braunschweig 300; Einsenmeyer in Nürnberg 300; Krapp in Bamberg 100; Delle in Stuttgart 250; Fischer in Waldenburg i. Schl. 100 M. Krankengelder erhielten: Buchn. 24 343 P. Jatho in Waage 13.50 M.; Buchn. 5485 B. Kropf in Cassel 13.50; Buchn. 26 307 W. Hartmann in Göttingen 13.50; Buchn. 37 583 F. Hertl in Bad Reichenhall 13.50; Buchn. 24 318 C. Spielmann in Holzhausen 13.50; Buchn. 39 681 G. Schön in Charlottenburg 30.— und an die Landesversicherungsanstalt Brandenburg in Berlin 105.—; Buchn. 14 212 M. Prüfer in Altentkirchen 11.25; Buchn. 5468 L. Bauer in Cassel 18.—; Buchn. 36 312 M. Mische in Bohn-Netzhof 21.35; Buchn. 30 731 B. Vogelfang in Eidenburg 13.50 M.

F. Warnke, Hauptkassierer.

Coblenz. Hier befindet sich das neue Gastorstraße 61. Zeichner, tüchtig in Ornament und Perspektive. Malergehilfe.

Jeder Herr, Kavaliere-Garderobe. Ich besere solche aus la. Maßstoffen zu nachfolgend staunend billigen Preisen: Sacco- und Schwalbenrock-Anzüge M. 6 bis 38. Snocking-, Frack- und Gehrock-Anzüge M. 12 bis 45. Frühjahrs-Überzieher und -Uister M. 5 bis 32. Bitte zu beachten! Nicht passende oder nicht gefallende Waren werden umgetauscht oder wenn Umtausch nicht genehm, das gezahlte Geld sofort zurückgeschickt.

Stoffe direkt an Private. Wäsche-Versand Freistaden Dresden I. Maler-Mäntel 110 120 130 cm lang.

Firmen-Schilder-Fabrik.

Spezialversandhaus für Herrenkleider von Herrschaften u. Kavaliere stammend. L. Spielmann München, Gärtnerplatz Nr. 2. Sacco- und Schwalbenrock-Anzüge von 12 bis 45 M. Frühjahrs-Überzieher und -Paletots von 10 bis 45 M. Gehrock- und Frack-Anzüge von 15 bis 50 M. Snocking-Anzüge von 22 bis 50 M. Einreihige Westen oder Saccos von 3 bis 12 M. Gesamtanzug von 10 bis 25 M.

Krieg. Sie können Sie bei mir nicht kaufen, aber gut und billig werden Sie bei mir in Wassertrichter, Rosten, Sack, Fingeln, Zuckersack und Matrasen.

Zögern Sie nicht. Bekleidungshaus N. Kurzmantel & Co. München 9, Josefspitalstr. 1. Gebrauchte Herrschafts-Kleider zu staunend billigen Preisen.

W. Draheim Berlin-Neukölln.

Schablonen als Muster.

W. Draheim Berlin-Neukölln.

Sämtliche Maler-Artikel für Kunst- und Gewerbe.

Farbige Porträts nach jeder Photographie in Ölmalerei.

Schuh. Ich habe meine la. gezeichneten Schuhe in 10 versch. Sort. mit u. ohne Lederbeleg herstellt.

Der heutigen Nummer liegt die Nr. 12 des Korrespondenzblattes für die Bevollmächtigten unserer Filialen bei.